



## Bericht zur Projektreise von Ingrid Degen, Josef Freise und Inke Thiesen-Hart nach Surif in Palästina im Mai 2022

Zwei Jahre lang hatte niemand aus Neuwied die Projektpartnerstadt Surif in Palästina wegen der Corona-Beschränkungen besuchen können. Immerhin hatte Neuwied mit einem aus Bundesmitteln geförderten Corona Solidarpaket die Stadt Surif im Jahr 2021 mit 46.000 Euro unterstützt. So waren wir - Ingrid Degen, Josef Freise und Inke Thiesen-Hart vom Arbeitskreis Palästina der Lokalen Agenda - im Mai 2022 ganz gespannt auf die Begegnungen in der Kleinstadt Surif, die 30 km südwestlich von Bethlehem liegt und zum Distrikt Hebron gehört.



### Zur allgemeinen Lage in Palästina

Wie sich die Covid-19 Pandemie allgemein ausgewirkt hat, war nicht leicht in Erfahrung zu bringen. Einerseits merkt man im Umgang miteinander nichts mehr von der Pandemie. Andererseits machten mehrere Gesprächspartner deutlich, dass sie selbst schwer an Corona erkrankt waren oder dass Familienangehörige an der Infektion gestorben sind. Jeder, der ein Arbeitsvisum für Israel bekommt und täglich über die Grenze fährt, muss nach israelischen Regeln inzwischen vier Mal geimpft oder genesen sein.

Im Westjordanland sind insbesondere in ärmeren Familien viele Menschen nicht geimpft und dann schweren Erkrankungen ausgesetzt. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor ein großes Problem.

Der Weg zu einem Arbeitsplatz nach Israel hat viele Hindernisse. Aus der Region Hebron fahren ca. 30 000 Menschen täglich zu einem Grenzübergang nahe Surif in Fahrgemeinschaften oder mit Bussen, müssen dann zu Fuß über die Grenze und werden auf der israelischen Seite mit Bussen zu ihren Arbeitsstellen gefahren. Israelische Arbeitserlaubnis-Visa werden von israelischen Behörden an

Vermittlerorganisationen vergeben und

verkauft. Wenn jemand keinen monatlichen Arbeitsvertrag in Israel hat, verliert er so viel Geld, dass oft nicht genug übrig bleibt, um die Familien zu ernähren.



Die politische Situation in Palästina wird von unseren Gesprächspartnern durchweg als katastrophal eingeschätzt. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas hatte die für Mai 2021 angesetzte Parlamentswahl kurzfristig unter Vorwänden abgesagt, aus der Angst heraus, dass die von Korruption geprägte politische Gruppierung der Fatah die Wahl verlieren könnte.

Das Vertrauen der palästinensischen Bevölkerung in die politische Führung ist am Nullpunkt angelangt. Wenn es Gewaltakte im Land gibt, sei es durch israelische Siedler, durch israelisches Militär oder durch rivalisierende palästinensische Gruppen, dann werden die Reaktionen der palästinensischen Autonomiebehörde als leere Worte empfunden. Jeder weiß, dass die Regierungsmitglieder zuerst einmal auf ihr eigenes Wohl bedacht sind, wenn sie mit der israelischen Seite kooperieren. Der öffentliche Sektor ist mit vielen Stellen aufgebläht worden, um Mitglieder der je eigenen Familie bzw. Großfamilie zu versorgen.



Der Siedlungsbau geht unterdessen unvermindert weiter; palästinensische Firmen arbeiten und verdienen dort mit. Korruption ist allgegenwärtig. Es wird berichtet, dass selbst die Hamas, die sich als radikale Organisation gegen Israel stellt, durch und durch korrupt mit Israelis Geschäfte macht. Es gibt erste Anzeichen, dass der Islamische Staat der Hamas inzwischen die

Rolle des gewaltsamen Kampfes gegen Israel streitig macht und die Urheberschaft bei Terroranschlägen beansprucht.

Daneben gibt es in der palästinensischen Bevölkerung großen Unmut über die Flüchtlinge von 1948, die inzwischen in der dritten und vierten Generation in Flüchtlingslagern wohnen. Diese sind inzwischen zu Wohnvierteln mit festen Häusern geworden. Dort zahlen die Menschen mit Flüchtlingsstatus weder Lohnsteuern noch Energiekosten. Diese Kosten trägt die Allgemeinheit, aber das kann aus politischen Gründen nicht öffentlich thematisiert werden. Die besonderen Privilegien dieser Menschen dienen der Regierung als Argument, dass es Vertriebene gibt, die nicht in ihre Häuser in Israel zurückkehren dürfen. In den Flüchtlingslagern hat sich eine eigene oft mafiöse Kultur entwickelt, bei der sich Menschen gegenseitig schützen und sich von den „anderen“ absetzen.



Der Unmut über die generellen vielfältigen  
Lebenseinschränkungen aufgrund der fehlenden  
demokratischen Verhältnisse im Westjordanland und  
aufgrund der israelischen Besatzung werden



meistens  
hingenommen. Nur  
bei besonderen  
Ereignissen bricht  
sich die Wut Bahn.



Die bekannte und beliebte Fernsehjournalistin Shirin  
Abu Akle war während unseres Aufenthaltes in Jenin  
getötet worden. Sie war sehr bekannt und beliebt,  
mehr noch als bei uns Anne Will oder Sandra  
Maischberger; regelmäßig war sie bei politischen  
Sendungen und Nachrichten im Sender Al-Jazeera zu  
sehen und so in den palästinensischen Wohnzimmer  
präsent. Die Brutalität der israelischen Polizei bei ihrer  
Beerdigung führte zu einem allgemeinen Aufschrei.  
Auch wenn Hassparolen gegen Israel gerufen wurden  
und auch die Tatsache, dass die palästinensische

Flagge auf dem Sarg der getöteten Journalistin nach israelischem Recht in Jerusalem  
ein verbotenes Symbol darstellt, rechtfertigt das nicht dieses brutale Eingreifen der  
israelischen Sicherheitskräfte.

In Jerusalem lebende Freunde, die auf der Beerdigung dabei waren, berichteten, wie  
sehr es ihnen nahe gegangen sei, dass in der Stadt die Glocken aller christlichen  
Kirchen gleichzeitig läuteten, was sonst so gut wie nie passiert. Viele Muslime hätten  
sich nach ihrem Freitagsgebet der christlichen Beerdigung angeschlossen. Berührt haben  
uns auch die Worte des katholischen Patriarchen Pierbatista Pizzaballa bei einem  
Taizétreffen, das zeitgleich im Heiligen Land stattfand. Er sagte sinngemäß:

*Als Christinnen und Christen glauben wir an Friede,  
Gerechtigkeit und Vergebung. Meistens hören wir bei der  
Gerechtigkeit auf und vergessen die Vergebung. Jetzt ist  
nicht die Zeit, mit Blick auf die Tötung der Journalistin  
Shirin Abu Akle Vergebung zu verlangen. Vergebung muss  
noch warten, braucht Zeit. Schnelle Vergebung jetzt wäre  
billige Versöhnung, verbunden mit Ungerechtigkeit. Wir  
müssen erst Gerechtigkeit suchen. Aber Vergebung soll in  
unserem Horizont bleiben.*

*Wir bitten darum, dass der Hass, der auch durch diese  
Tötung wieder im Land gefördert wird, nicht in unsere  
Herzen eindringt. Wir hoffen, dass Vergebung möglich  
wird. Bis dahin ist es aber eine lange Reise, ein langer  
Weg. Mit Blick auf das Kreuz Jesu wollen wir diesen Weg  
gehen.*

*Viele gehen ihn hier in Palästina. Es ist schwer, ihn alleine zu gehen. Wir brauchen die  
Gemeinschaft.*



Bei all diesen schwierigen Friedensherausforderungen hat uns die Arbeit von Ingeborg Tiemann ermutigt. Sie übt mit palästinensischen Schülerinnen und Schülern an Schulen in Ostjerusalem und im Westjordanland soziales Lernen und respektvolles Debattieren ein: <https://www.ls-bh.org/debate>

Ingeborg Tiemann setzt auf die nächste Generation. Wenn Menschen Empathie gelernt haben, einen Perspektivwechsel vollziehen und sich in andere Menschen hineinversetzen können, ist damit ein wichtiger Baustein für eine Wende zum Frieden gelegt, so wie es der Jüdische Gelehrte Jonathan Sacks ausgedrückt hat: *„Um ein Land zu verteidigen, braucht man eine Armee. Aber um die Freiheit zu verteidigen, braucht man Erziehung und Bildung. Man braucht Familien und Schulen, die die Ideale an die nächste Generation weitergeben, damit sie nicht verloren gehen oder verdunkelt werden. Schulen sind die Zitadellen der Freiheit. Ihre Helden sind LehrerInnen und ihre Leidenschaft ist Erziehung und Bildung. Mose verstand, dass ein Volk nicht unsterblich wird, wenn es Tempel oder Mausoleen errichtet, sondern wenn es seine Werte in die Herzen der Kinder pflanzt und diese wiederum in ihren Kindern und so weiter bis an das Ende der Zeit.“*



## Zur Situation in Surif



## Corona

Genauere Statistiken zur Corona-Situation sind in Palästina nur schwer zu bekommen. Bei ca. 20.000 Einwohnern wurden in der Stadt Surif 700 Infektionen und 15 Todesfälle registriert. 120 Personen benötigten eine Einweisung in ein Krankenhaus. Erfolgreich war in Surif die Bildung einer medizinischen Nothilfegruppe, die als Nichtregierungsorganisation unter dem Namen „Deine Gesundheit“ (SEHTAK) während der Corona-Pandemie entstand. Es wurde ein kompetentes interdisziplinäres Team zusammengestellt. Arme Familien bekamen Nahrungsmittel und Medikamente kostenfrei.

## Ersthilfe-Gesundheitszentrum



Während unseres Besuches wurde das Ersthilfe-Gesundheitszentrum eröffnet. Oberbürgermeister Einig überbrachte per Video Grüße und gute Wünsche.



Die Räume wurden mit finanzieller Unterstützung aus Neuwied renoviert und ausgestattet. Es soll Menschen als erste Anlaufstation dienen, bevor sie sich auf den Weg in die weit entfernten Krankenhäuser in Bethlehem oder Hebron machen. Aus Bundesmitteln konnte die Stadt Neuwied ein Corona-Solidarpaket schnüren, mit dem medizinisches Material und medizinische Geräte (u.a. Beatmungsgeräte,



Ultraschallgeräte, medizinische Betten, Gehhilfen usw.) gekauft wurden, die über die Pandemie hinaus dem Ersthilfe-Gesundheitszentrum zur Verfügung stehen.

Die neugegründete Initiative „Deine Gesundheit (SEHTAK)“ wird als lokale Nichtregierungsorganisation das Ersthilfe-Gesundheitszentrum als Träger betreiben.

Es wird angestrebt, dass an zwei oder drei Tagen pro Woche das medizinische Ersthilfe-Zentrum nachmittags und abends geöffnet wird. Ein interdisziplinäres Team wird in den ersten drei Monaten auf freiwilliger Basis zur Verfügung stehen. Langfristig wird zu klären sein, ob hier auch u.a. über geringe Beiträge der Patientinnen und Patienten ein Entgelt für die Aktiven ermöglicht werden kann.



## Begegnungsraum für Kinder mit Beeinträchtigungen und ihre Familien

Zum Zentrum gehört auch ein Begegnungsraum, der Kindern mit Beeinträchtigungen und ihren Familien zur Verfügung steht. Das Ersthilfe-Zentrum im Obergeschoss und der Begegnungsraum für Kinder mit Beeinträchtigungen und ihre Familien sind erst einmal zwei getrennte Einheiten, sollen aber miteinander verbunden werden. Unser



Ansprechpartner Prof. Sami Adwan und die Sozialarbeiterin Hadeel Hih, die jetzt auch Mitglied im Surifer Stadtrat ist, hatten im Rahmen einer Voruntersuchung zur Situation von Familien und deren Kindern mit Beeinträchtigungen sehr unterschiedliche Behinderungen festgestellt, insbesondere solche, die durch Probleme bei der Geburt (z.B. Sauerstoffmangel) entstanden waren, Behinderungen, die durch einen Unfall im Laufe des Lebens erworben wurden, und Behinderungen möglicherweise aufgrund einer Verwandtenehe. Gründe für die Verwandtenehe

sind in der Tradition zu finden. Die Mitgift ist bei Verwandtenehen geringer und die Verwandtenehe hilft, den Reichtum in der Familie zu halten. Es wurde auch an eine höhere Stabilität der Beziehung gedacht, wenn sich die Familienmitglieder kennen. Es fehlt ein staatliches Gesetz, das Verwandtenehen verbietet. Bisher gibt es nur ein Antidiskriminierungsgesetz, das Heiraten von Minderjährigen verbietet.



Ein Freiwilligen-Team hat sich gebildet, das im Untergeschoss des Ersthilfe -Zentrums Begegnungen für Mütter und ihre Kinder mit Beeinträchtigung ermöglicht. Sie sind sehr



motiviert und engagiert. Langfristig bedarf es aber einer hauptamtlichen Unterstützung der Freiwilligenarbeit.



## Perspektiven

Die Stadtverwaltung Surif hält Kontakt zu der palästinensischen, regierungsunabhängigen Fachorganisation QADER, die durch Spenden und Unterstützung großer internationaler Einrichtungen sich gezielt für die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen stark macht. Die Erfahrungen, die Qader in den letzten 10 Jahren gesammelt hat, kann für unser Vorhaben von großem Nutzen sein. Sie stellen in ganz Palästina fachliche und finanzielle Begleitung zur Verfügung und betreiben politische Lobbyarbeit.

Das Hauptanliegen ist zunächst, dass sich Mütter treffen können und entlastet werden.

Nach und nach soll mit den Familien der konkrete Bedarf eruiert werden: Welche Hilfe brauchen die Familien am dringendsten? Wie kann möglichst schnell konkrete Hilfe geleistet werden? Mütter haben ihr Bedürfnis geäußert, Zeit für sich selber zu haben. Deshalb fragten sie an, dass im Zentrum zwei- bis dreimal pro Woche Aktivitäten für ihre Kinder organisiert werden, um so etwas Zeit für sich zu bekommen.

Wichtig ist auch die Sensibilisierung der Bevölkerung, um die Akzeptanz von Menschen mit Beeinträchtigungen zu stärken und über Rechte aufzuklären. Die Schulen und der Stadtrat sind hier wichtige Ansprechpartner.

Regelmäßig soll es einen Austausch über Zoom zum Fortgang der Aktivitäten im Ersthilfe- und Begegnungszentrum geben.

Im Herbst wird eine kleine Surifer Gruppe von Aktiven der Arbeit mit Eltern und ihren Kindern mit Beeinträchtigung nach Neuwied kommen. Sie werden in verschiedenen Einrichtungen der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung hospitieren. Danach sollen dann auch gegebenenfalls neue Projektanträge gestellt werden, um die Arbeit der Nichtregierungsorganisation „Deine Gesundheit“ und der Stadt Surif weiter zu fördern.

